

Mainz, 23.09.2025

Antrag 1476/2025 zur Sitzung Stadtrat am 01.10.2025

gem. Antrag: Gemeinsame Anlaufstelle Familienleistungen (DIE GRÜNEN, CDU, SPD)

Familien sind die ersten und wichtigsten Orte des Aufwachsens von Kindern und sie sind Orte der gelebten Solidarität zwischen den Generationen.

Von großer Bedeutung ist es folglich, dass wir allen Familien einen guten Zugang zu Beratung, den ihnen zustehenden finanziellen Leistungen und sonstigen Hilfen ermöglichen, um Teilhabe und Chancengerechtigkeit sicherzustellen.

Aufgrund der Vielzahl an verschiedenen Familienleistungen, unterschiedlichen Antragswegen und bürokratischen Hürden werden einerseits dringend benötigte Leistungen von Familien nicht in Anspruch genommen und andererseits Anlaufstellen mehrfach aufgesucht und/oder ggfls. fälschlicherweise Bürgergeld beantragt, wo andere Unterstützungsleistungen zuerst greifen würden. Dadurch entstehen viele unnötige Wege und Termine, Ablehnungen wegen formaler Fehler und verzögerte Unterstützungsleistungen, u. a. auch weil Leistungen voneinander abhängig sind oder sich gegenseitig ausschließen. Dies bedeutet eine Belastung für die Familien wie auch das Hilfesystem.

Um Armut von Kindern und Familien stärker durch Abruf der den Familien zustehenden finanziellen Leistungen und sonstigen Hilfen vorzubeugen, ist es uns ein besonderes Anliegen, das Netzwerken zu Familienleistungen in Mainz zu unterstützen. Wir bitten daher die Verwaltung zu prüfen,

- **wo** an einem zentralen Ort eine gemeinsame Anlaufstelle zu Familienleistungen geschaffen werden kann, die der möglichst barrierefreien Inanspruchnahme von zustehenden Hilfen wie auch dem Bürokratieabbau dient;
- **wie** durch die Verzahnung von Beratungsangeboten die Lotsenfunktion z. B. von Kita- und Schulsozialarbeit effizient unterstützt werden kann und auch die zuständigen Stellen wie Familienkasse, Jobcenter und Wohngeldstelle entlastet werden können,
- **ob** an einem festgelegten Tag pro Monat die relevanten Leistungsträger kostenneutral an einem zentralen Ort vertreten sein können, so dass zeit- und ressourcenintensive Mehrfachtermine vermieden werden.

Daniel Köbler (DIE GRÜNEN)
Ludwig Holle (CDU)
Kathleen Herr (SPD)